KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 266 - 29. Jahrgang
JUNI 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

DAS IST LINKS!

Seit dem 12. Juni haben wir ein Programm zur Landtagswahl. Ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen wurde das Programm unter dem Titel „Das ist links!“ von den Delegierten in der Rostocker Stadthalle verabschiedet.

Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der sozialen Frage. Während andere Parteien die Debatte, wer für die enormen Kosten der Corona-Pandemie aufkommt, auf die Zeit nach den Wahlen im September verschieben wollen, sagen wir ganz klar: Wer in der Krise schon die größte Bürde zu tragen hatte, darf jetzt nicht auch noch diese Rechnung bezahlen.

Fast jedes dritte Kind in M-V ist arm oder von Armut bedroht. Wir dürfen aber nicht nur Tourismusland Nr. 1 sein, sondern müssen zum Kinderland Nr. 1 werden. Gute Bildung und gute Löhne sind hierfür eine Voraussetzung. Während die Landesregierung die Kinderarmut nicht thematisiert, treten wir u.a. für ein kostenloses gesundes Mittagessen für alle Kinder ein. Auch die Profilierung der LINKEN als „Stimme des Ostens“ ist ja eine soziale Frage. Noch immer sind die Löhne 24,7 % niedriger als im Westen.

Um das durchzusetzen, brauchen wir eine neue Regierung – mit uns. Denn das wurde auf dem Parteitag auch in aller Deutlichkeit

ausgesprochen: Die Wähler erwarten mehr als schöne Worte, sie wollen eine konkrete politische Perspektive. Einen Lager- oder Koalitionswahlkampf werden wir in M-V aber nicht führen. Torsten Koplin griff FDP und CDU, aber auch SPD und Grüne scharf an. Er kritisierte Robert Habecks Fehltritt in der Ukraine und warnte die Grünen-Sympathisanten: „Wer grün wählt, wird sich schwarzärgern.“ Der SPD warf er vor, nur dann linke Politik zu betreiben, wenn man ihr Druck von links mache.

Simone Oldenburg sieht uns dafür gut gerüstet: Die Fraktion habe sehr gute inhaltliche Arbeit geleistet (2006 kleine Anfragen, 310 Anträge, 31 Gesetzesinitiativen) und der Landesregierung mächtig Druck gemacht – ging es nun um die Arbeit der Postzusteller, um die Zukunft der Theater und des Kinder- und Jugendtourismus, um die Aufklärung der NSU-Morde, Bahnstrekkenstilllegungen, einen Corona-Sozialfonds, einen Notfallfonds für Studierende, um eine landesweite Ehrenamtskarte ... M-V müsse ein Land werden, aus dem niemand mehr wegziehen muss, um ein gutes Leben zu führen. Simone dankte ausdrücklich Dietmar Bartsch, dass er sich auf diese politischen Kämpfe konzentriere, nicht auf andere.

Fortsetzung auf S. 3

DAS STEHT IM WAHLPROGRAMM

Das Programm beginnt mit der Einleitung „Was ist links?“ Der Text spricht Herz und Verstand an, weil er die Probleme klar darlegt und Lösungen vorschlägt, und weil er die Stimmung von vielen Menschen aufgreift, die sagen, Corona hat viele ohnehin schon bestehenden Probleme in aller Schärfe offengelegt; und die Pandemie könnte doch der Beginn von Veränderungen sein. Strukturelle Probleme im Bildungssystem, niedrige Löhne und Kinderarmut – das sind die drängendsten Probleme, mit denen viele Menschen auch konkret konfrontiert werden in ihrem Leben.

Der Themenbereich Bildung dominiert dann den ersten Teil des Programms mit sehr vielen konkreten Forderungen; für die Linke hat Bildung in den kommenden Jahren oberste Priorität, so steht es hier wörtlich. Wesentliche Probleme sind der Unterrichtsausfall, bedingt durch Lehrermangel und Überalterung der Lehrerschaft; auch die Situation der Berufsschulen ist sehr schlecht, dabei ist eine gute Berufsausbildung Voraussetzung für gute Arbeit, also gut entlohnte Arbeit. Mit einem Schulbauprogramm soll der Sanierungsstau aufgelöst werden, es sollen kleinere Schulstandorte im ländlichen Raum besser geschützt werden, wir schlagen ein kostenloses Mittagessen für alle vor, Kopfnoten sollen abgeschafft werden, das Lehramtsstudium wollen wir reformieren, für Seiteneinsteiger soll es einen besseren Vorbereitungsdienst geben, die Wochenstundenzahl der Lehrer*innen soll reduziert werden, für jeden Schüler könnte es bald

ein kostenloses digitales Endgerät geben. Für die jungen Leute, die eine Ausbildung absolvieren, schlagen wir die Einführung eines Landesschülergeldes vor; die Fahrten zu den Berufsschulen und die Unterkunft sollen kostenfrei sein; eine Mindestausbildungsvergütung wollen wir einführen.

Fortsetzung auf S. 4

In dieser Ausgabe

Seite 2: Aktuelles
Seite 3: Landesparteitag
Seite 4: Wahlprogramm
Seite 5: Aus dem Landkreis
Seite 6/7: Bürgerschaft
Seite 8: Peter Georgi
Seite 9: VVN-BdA
Seite 10: Geschichte
Seite 11: Vermögensteuer
Seite 12: Sachsen-Anhalt

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
mit frischem Wind vom Rostocker Landesparteitag gehen wir in den Wahlkampf. Oder eigentlich erst einmal in die Sommerpause. Aber danach geht es los. Kandidaten haben wir, ein Wahlprogramm nun ebenso, die Plakatmotive sind fertig und warten auf den Druck. Im sogenannten Vorwahlkampf haben wir schon kräftig für uns geworben, mit Postkarten und auf Litfaßsäulen.
Unsere Partei hat gelernt, auf aktuelle Probleme schnell mit kleinen Kampagnen zu reagieren. Wenn die Grünen das Benzin teurer machen wollen, wenn sich die CDU bei Schweinereien erwischen lässt, wenn die Rente mit 68 ins Gespräch gebracht wird - wir kritisieren und machen eigene Vorschläge. Leider ist das Meiste nur im Internet sichtbar, weil die klassischen Medien wie Presse und Fernsehen uns wenig Platz für Inhalte einräumen. Wir haben andere Wege gefunden, uns bemerkbar zu machen. Vor allem auch bei Haustürgesprächen, die nun wieder los gehen.
Der nächste Klartext erscheint (wahrscheinlich) Mitte Juli. Dann berichten wir zum Beispiel über den Bundesparteitag.
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre wäre finanzierbar

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 08. Juni 2021

„Die Drohszenarien, dass die Rente langfristig nicht finanzierbar sei, sind komplett unseriös. Im neuen EU-Altersreport vom Mai 2021 steht klipp und klar: Die Rentenausgaben in Deutschland steigen bis 2045 moderat von zehn auf zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und bis 2070 bleiben sie konstant. Das ist EU-DurCHschnitt und verkraftbar. Österreich gibt heute schon 13 Prozent für eine sehr gute Rente aus“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zu Forderungen, das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre heraufzusetzen. Birkwald weiter:
„Die Rente erst ab 68 hieße für viele ‚Arbeiten bis zum Umfallen‘, denn jeder fünfte Mensch stirbt hierzulande vor seinem 69. Geburtstag. Bei den Niedrigverdienenden sieht es noch schlimmer aus. DIE LINKE lehnt deshalb jede Anhebung der Regelaltersgrenze ab. Die Rückkehr zur Rente ab 65 wäre nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung mit einer moderaten Beitragssatzerhöhung von 0,5 Prozentpunkten finanzierbar. Der steuerfinanzierte Bundeszuschuss würde um gut eine Milliarde Euro steigen. Dazu müsste nur die für das kommende Jahr geplante Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 2,4 Milliarden Euro gestrichen werden.“

AKTUELLES

Immer mehr Beschäftigte pendeln – Mobilität muss bezahlbar sein

Nachricht von MdB Sabine Zimmermann, 08. Juni 2021

Im Jahr 2020 gab es insgesamt 3.381.217 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die ihren Arbeitsort nicht in dem Bundesland haben, in dem sie wohnen. 1999 waren es erst 2.138.073 gewesen (2019: 3.396.285). Die meisten Pendlerinnen und Pendler zwischen den Bundesländern gab es im Jahr 2020 mit 224.908 von Brandenburg nach Berlin, die wenigsten mit 41 von Bremen ins Saarland. Dies geht aus Daten zu Pendlerverflechtungen nach Bundesländern der Bundesagentur für Arbeit hervor, die die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann ausgewertet hat.
Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE erklärt dazu: „Der Druck, im Beruf mobil zu sein und weite Wege zum Arbeitsplatz zurück zu legen, hat in den letzten Jahren unvermindert angehalten. Die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort einer Beschäftigung nachgehen, sondern pendeln müssen, hat mit den Jahren deutlich zugenommen. Der Preis der erhöhten Mobilität ist zunehmender Stress, insbesondere bei den so genannten Fernpendlern, bis hin zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Hier sind die Arbeitgeber gefordert, Arbeitszeitmodelle zu finden, die den Beschäftigten Flexibilität einräumen und dem Pendelstress entgegen wirken. In der Corona-Pandemie wurden in vielen Unternehmen erstmalig positive Erfahrungen mit dem Homeoffice gemacht, was den Zwang zum Pendeln im Bereich der Büroarbeit reduzieren könnte. Auch für die Umwelt wäre weniger Pendeln eine deutliche Entlastung.“
Zimmermann weiter: „Den Beschäftigten werden Mobilität und teils lange Wege zum Arbeitsplatz abverlangt. Keine Bundesregierung, auch nicht die Grünen, haben daran bislang etwas ändern wollen. Deswegen ist es zynisch, wenn der Preis, um überhaupt zur Arbeit zu kommen, immer höher geschraubt wird, was in erster Linie kleine und mittlere Einkommen trifft. Selbstverständlich kann der Verbrennungsmotor keine Zukunft haben, die Bundesregierung muss aber dafür sorgen, dass der Weg zur Arbeit bezahlbar bleibt. Dazu gehört insbesondere, beim bundeseigenen Bahnkonzern für attraktive Verbindungen und günstige Ticketpreise zu sorgen, aber auch eine für den normalen Beschäftigten bezahlbare Elektromobilität und eine ausreichende Ladeinfrastruktur auf den Weg zu bringen.“

BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Simone wies auch darauf hin, dass Politik für uns kein Karrieresprungbrett ist, sondern allein dem Ziel diene, das Leben für die Menschen besser zu machen.

Der Parteitag zeigte, mit wie viel Verstand und Herzblut unsere Mitglieder für einen Politikwechsel kämpfen. Es ist dann schade, wenn 19-jährige Alleswisser den Parteitag für ihre unreflektierten Auftritte kapern. So geschehen in der Debatte über einen Parteiausschluss von Sahra Wagenknecht. Dietmar Bartsch hatte in seiner Rede eigentlich alles Nötige dazu gesagt: Der Ausschlussantrag ist unverantwortlich, wir müssen unsere Eitelkeiten zurückstellen, sonst werden wir bald nicht nur ein halbes Prozent bei Wahlen verlieren, sondern alles. Trotzdem schrieben ein paar junge Mitglieder einen Dringlichkeitsantrag, der Landesparteitag solle das Ausschlussverfahren unterstützen. Der Antrag wurde nach gutem Zureden zurückgenommen, was den Initiator aber nicht davon abhielt, ans Mikrofon zu treten, um den Antrag zu begründen. Später stellte er seine von Buhrufen unterbrochene Rede auch noch ins Internet. Peter Ritter – ein deutlicher Wagenknecht-Kritiker – wies darauf hin, dass wir kritische und notwendige Debatten nicht über Parteiausschlüsse klären können.

Eine notwendige Debatte ist auch unsere Haltung zum Klimaschutz. Klar ist, dass wir den Klimaschutz nicht von der sozialen Frage entkoppeln wollen. Der Schutz des Klimas dürfe nicht Abzocke von Pendlern und Geringverdienern sein, mahnte Dietmar. Mignon Schwenke möchte diejenigen bezahlen lassen, die den größten ökologischen Fußabdruck hinterlassen, also Konzerne und Reiche. Sie beklagte aber auch, dass wir im Landtagswahlkampf kein Plakat zu diesem Thema haben und möchte nun Geld hierfür sammeln.

Wobei das ja eigentlich keine Geldfrage sonst, sondern eine der strategischen Schwerpunkte. Klimaschutz steht da nicht an vorderster Stelle, denn hier sprechen uns die Menschen wenig Kompetenz zu. Die LAG Ökologische Plattform warb bei den Delegierten erfolglos darum, das Klimaschutzkapitel im Wahlprogramm weit nach vorne zu rücken, noch vor die Kapitel zur Sozialpolitik. Weitere Anträge zur Ausrufung des Klimanotstandes, zur Ablehnung von NordStream 2 oder zur Klimaneutralität bis 2030 wurden mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Die Antragsdebatte war lang und ermüdend, nicht nur die LAG, sondern auch der Kreisverband Schwerin hatten unzählige Änderungswünsche. Nicht alles war gut begründet, so dass auch dem sonst so geduldigen Landesvorsitzenden mal der Kragen platzte. Darf man eigentlich sozial benachteiligte Menschen als „kleine Leute“ bezeichnen, oder diskriminiert man damit Menschen mit geringem Körperwuchs? Es gab aber auch interessante Debatten. Zum Beispiel wurde der Antrag, ein 13. Schuljahr an der gymnasialen Oberstufe einzuführen, abgelehnt.

Auch die Kreisverbände Rostock und Landkreis Rostock hatten ein paar wenige Änderungsanträge eingebracht, die zum großen Teil durch den Landesvorstand übernommen wurden. Gerdt Puchta begründete die drei Anträge zum Thema Klärschlammbehandlung, deren Inhalt nun zum Teil im Wahlprogramm enthalten ist. Christian Albrecht hatte das ganze Kapitel zum Thema Hochschule neu erarbeitet und kann sich dann ja ab September um die konkrete Umsetzung kümmern.

Text: Carsten Penzlin / Fotos: DIE LINKE

Masken-Millionen: Oldenburg und Bartsch fordern CDU-Politiker zur Rückzahlung auf

Schätzungen der LINKEN zufolge ergatterten Unionspolitiker mit Maskendeals ca. 70 Millionen Euro neben ihrem Mandat im Bundestag. Angesichts des aktuellen Skandals um die Weitergabe von ungeprüften Masken an Obdachlose sowie an Menschen mit Behinderungen, fordern die Spitzenkandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl, Simone Oldenburg und Dietmar Bartsch, die CDU auf, reinen Tisch zu machen.

„Rücktritte und Absichtserklärungen reichen uns nicht“, so Oldenburg. „Statt in die eigenen Taschen der CDU-Politiker, gehören diese Millionen in die Taschen der Rentner.“ Die Spitzenkandidatin schlägt vor, dass die Provisionen als Symbol eher in die Rentenkassen fließen sollen.

„31 Jahre nach der Wiedervereinigung muss die Rente im Osten endlich auf Westniveau. Die Lebensleistung der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern muss endlich eine entsprechende Würdigung erfahren“, so Bartsch. *Pressemitteilung*

WAHLKAMPF

DAS STEHT IM WAHLPROGRAMM

Fortsetzung von S. 1
Nach der Bildung folgt das Thema Arbeit. Wir wollen wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze gezielt fördern: explizit genannt werden die Gesundheitswirtschaft, der Einsatz der Wasserstofftechnologie, und die Kultur- und Kreativwirtschaft. Langzeitarbeitslose sollen weiterhin gefördert werden, z.B. in den Beschäftigungsgesellschaften, unsere alte Forderung nach einem Öffentlichen Beschäftigungssektor taucht aber nicht auf. Wir fordern gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Vieles wird aber auf Bundesebene geregelt, so auch beim Thema Armut. Eine konkrete Forderung auf Landesebene ist die nach einer Kinderkarte i.H.v. 50 Euro im Monat für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Im Themenbereich Soziales fordern wir eine auskömmliche Finanzierung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kommunen (soll eine kommunale Pflichtaufgabe werden) sowie die Sicherung der Schulsozialarbeit (1 pro Schule). Wir fordern ein neues Kindertagesförderungsgesetz, mit einem kostenfreien und in den Ferien ganztägigen Hort, mit besserer Bildung in den Kitas, mit einem besseren Personalschlüssel. Wir fordern zudem eine bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den politischen Prozessen, z.B. durch eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16.

Beim Thema Umwelt und Verkehr sticht die Forderung nach einem Mobilitätsgesetz mit ein paar guten konkreten Forderungen hervor, das gilt auch für die Verbesserung des Bahnverkehrs und der Radwege. Wir wollen schrittweise einen kostenfreien ÖPNV und dass man mit einer Fahrkarte durchs ganze Land fahren kann

Im Bereich der Kultur fordern wir den Erhalt der Vielfalt im Land; Clubs und Livespielstätten sollen als Kultureinrichtungen unterstützt werden; die Kreativen im ländlichen Raum sollen stärker unterstützt werden; wir fordern für Bildende Künstler*innen eine angemessene Vergütung bei Ausstellungen im öffentliche Raum; in den Theatern des Landes soll es eine Rückkehr zum Flächentarif geben.

Beim Thema Wirtschaft steht das Landesvergabegesetz im Mittelpunkt: MV muss raus aus dem Lohnkeller; bei öffentlichen Aufträgen kommen nur Unternehmen zum Zuge, die mind. 13 Euro pro Stunde zahlen; bei der Wirtschaftsförderung soll auch bei kleineren Betrieben auf die Zahlung von Tariflöhnen geachtet werden; im Tourismus wollen wir ein Saisonkurzarbeitergeld einführen. Bei den Werften drängen wir auf den Erhalt der Schiffbaustandorte und fordern die Entwicklung industriepolitischer Alternativkonzepte.

Genossin Barbara Borchardt kritisierte auf dem Landesparteitag, dass im Wahlprogramm die Kritik am Kapitalismus zu kurz komme. Man könnte aber auch sagen, dass die Vielzahl von Vorschlägen im Programm alleine schon beweist, wie schlimm es um unsere Gesellschaft heute bestellt ist.
Carsten Penzlin

GESCHICHTE

NEUE DENKSTEINE FÜR ROSTOCK

Seit einigen Jahren werden auch in Rostock durch das Max-Samuel-Haus Stolper- bzw. Denksteine verlegt an Orten, wo Jüdinnen und Juden gelebt haben, bevor sie Opfer des fanatischen Rassenhasses der Nazis wurden. Auch unser Kreisverband hat vor etwa zehn Jahren bereits solche Steine gestiftet.
Im Juni wurden in der Ludwigstraße neue Denksteine in den Gehweg eingelassen, um an das Schicksal von Johanna und Louis Simon zu erinnern. Gestiftet wurden diese Steine vom Genossen Prof. Georg Moll und seiner Frau. In bewegenden Worten legte Georg Moll seine Motive dar, vor allem möchte er die Menschen dazu bewegen, sich mit den Geschehnissen von damals auseinanderzusetzen.
Fotos: C. Penzlin

EIN COURAGEPREIS FÜR RODNEY PRICE

Rodney ist Arzt im Ruhestand und Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Kreistag Rostock für unsere Linksfraktion. Im Gesundheitsausschuss setzt er sich vorbildlich für die Belange der Menschen ein, die unsere besondere Aufmerksamkeit benötigen. So engagiert er sich im Beirat zum Psych-KG im Klinikum Güstrow.

Mit Beginn der Pandemie erklärte er sich umgehend bereit, in einem Impfteam und auch im Impfzentrum Laage ehrenamtlich mitzuarbeiten. Es ist auch dank seines Engagements gelungen im Landkreis zügig in stationären Pflegeeinrichtungen zu impfen. Das schützt die Menschen und ist ein Weg aus der Pandemie.

Gerade in Zeiten der Unsicherheiten und wenig verständlichen Ansprache der Regierung in Sachen Pandemie und Eindämmungsmaßnahmen war es für die Impfteams nicht immer einfach aufzuklären. Die wildesten Verschwörungserzählungen machten auch vor den Ärzten, Feuerwehrleuten und Hilfsteams keinen Halt und Beschimpfungen mussten ausgehalten werden.

Die meisten Menschen sind aber sehr dankbar und bemängelten das Chaos der Impfstrategie von Bund und Land.

All das erfordert ein hohes Maß an Courage und Durchhaltevermögen.

Die Landtagsfraktion und deren Mitglieder spenden einen Teil ihrer Einkünfte für soziale Projekte und den Couragepreis. Ich wollte unbedingt diesen Mut symbolisch ehren und er soll als Beispiel dienen – gerade in Krisenzeiten etwas für die Allgemeinheit zu tun.

Lieber Rodney – vielen Dank!

Karen Larisch

FAIR-TRADE-STADT GÜSTROW

Am 1. Juni ist die Stadt Güstrow die 36. Fair-Trade-Stadt Deutschlands geworden. Um auf das große Problem der Kinderarbeit aufmerksam zu machen, wählte die Stadtvertretung den Weltkindertag als offiziellen Veranstaltungstag.

Jule Schmiel

Was zeichnet nun aber eine faire Stadt aus? Es geht um faire Arbeitsbedingungen, Nachhaltigkeit, Regionalität, Ökologie und Bildung.

Seit Jahren engagieren sich der Eine Welt Laden und das Netzwerk Nachhaltige Entwicklung in Güstrow. Immer mehr kleine Einzelhändler, Gastronomen und Hoteliers achten auf faire Produktionsbedingungen, wenn es nötig ist Ware aus dem globalen Süden zu beziehen. Alles was regional zu erwerben ist, wird hier gekauft. Wer braucht schon Äpfel, Kirschen und Kartoffeln aus Afrika?

Wusstet Ihr, dass 90% aller Schnittblumen für den deutschen Markt aus Äthiopien kommen? Äthiopien leidet an der größten Dürre seit Jahrzehnten – aber billige Rosen werden dort mit dem so wichtigen Trinkwasser mitten in der Wüste vor allem für Mecklenburg-Vorpommern hergestellt. Und die Gärtnereien hier vor Ort freuen sich doch über Umsatz und hier auf Wiesen und Feldern wachsende Blumen sind gut für Insekten und Bienen. Doppelter Nutzen also regional und fair einzukaufen.

Über Kaffee, Kakao und Bekleidung wurde schon immer viel berichtet – wir als Güstrower Stadtvertretung wollten nicht mehr mitschuldig sein an diesen Bedingungen. Um das Siegel Fair-Trade-Stadt zu erhalten braucht es einen Ratsbeschluss, ein Lenkungsgremium und eine Arbeitsgruppe. Gesagt, getan – es gab schon viel in Güstrow und darum ging es dann ganz schnell.

Einzelhandel, Lebensmittelmärkte, Gastronomie, Hotellerie, eine Fair-Trade -Schule, Vereine und Kirchgemeinden – alle waren schon lange dabei und machten engagiert mit. So dauerte es gar nicht lange und Güstrow erfüllte die meisten Kriterien.

Die ganze Stadt ist wirklich stolz – jetzt gilt es weiterzumachen und auch den Menschen gezielt Lieferketten und Nachhaltigkeit nahe zu bringen. Das werden wir tun, Jede und Jeder an seinem Platz.

Macht mit und lasst Euch von Juliane Schmiel und mir dazu beraten. *K. Larisch*

LINKE protestiert gegen Verhinderung von Delegationsreise in den Nordirak durch deutsche Behörden

Am 12.6. wurde eine Delegation aus Deutschland am Düsseldorfer Flughafen von der Polizei festgehalten und an der Ausreise nach Erbil im Nordirak gehindert. Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Jörg Schindler, informiert über eine dazu verabschiedete Erklärung des Parteivorstandes: „Heute wurde eine Delegation aus Deutschland am Düsseldorfer Flughafen von der Polizei festgehalten und an der Ausreise nach Erbil im Nordirak gehindert. Zu der Gruppe zählen unter anderen die Vorsitzende der Linksfraktion Hamburg, Cansu Özdemir, und Martin Dolzer, der für den Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko für die Teilnahme delegiert worden war, sowie Aktivist:innen vom Bündnis Ende Gelände.

Ziel der Reise war, sich vor Ort in Erbil über die seit Wochen andauernden Militäraktionen der Türkei im Nordirak zu informieren und auf die völkerrechtswidrigen Angriffe aufmerksam zu machen.

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE hat auf seiner heutigen Sitzung seine Empörung über diesen Vorgang zum Ausdruck gebracht und sich mit den betroffenen Genossinnen und Genossen solidarisiert. Wir erwarten von der Bundesregierung und dem Auswärtigen Amt sofortige und umfassende Aufklärung über den Vorgang. Es kann nicht sein, dass Politikerinnen und Politiker, die ihre Rechte wahrnehmen, auf diese Weise in ihrer Arbeit behindert werden. Deutsche Behörden dürfen nicht zu Erdogans Handlangern werden.

Parallel zur Reiseblockade durch deutsche Behörden wurde eine bereits in Erbil eingetroffene Gruppe vor Ort ausgewiesen, darunter Hakan Tas, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin für DIE LINKE, und Mitglieder des Bundessprecher:innenrats unseres Jugendverbands.

Seit Wochen finden türkische Militäroperation im Nordirak statt. Die angeblich gegen Stellungen der PKK gerichteten Angriffe treffen immer wieder die Zivilbevölkerung, kürzlich erst wurde eine Geflüchtetenlager von bewaffneten Drohnen beschossen. Die Souveränität des Irak wird missachtet und der militärische Einflussbereich der Türkei, neben Nordsyrien, auf weitere kurdische Gebiete ausgedehnt. NATO und Bundesregierung schweigen dazu.“

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 19.5.

Am Donnerstag den 19.Mai trat die Rostocker Bürgerschaft zu ihrer monatlichen Sitzung in der Stadthalle zusammen.
Wie jede Sitzung begann auch diese Rostocker Bürgerschaft mit der Begrüßung durch die Präsidentin Regine Lück. Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit und den Hinweisen zu den Coronaregeln ging man in die Tagesordnung über.

Personalroulette

Für unsere Partei gab es ein Wechsel der Vertreterin für die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Rostock. Der Genosse Dr. Wolfgang Nietzsche verzichtet auf sein Mandat, für ihn übernimmt Genossin Jutta Reinders die Aufgabe. Wir wünschen eine ruhige Hand und gutes Gelingen mit der anspruchsvollen Aufgabe.
Was seltener ist, aber auch vorkommt.: de Entlassung (politikdeutsch Abberufung) eines Mitglieds im Ortsbeirat. Der Vertreter der AfD im Stadtteil Dierkow-Neu hat sich seit seiner Wahl durch dauerhafte Abwesenheit und damit fehlender Mitwirkung ausgezeichnet. So hat die Bürgerschaft, auch mit der Stimmen der AfD-Vertreter im Rostocker Bund, den AfD-Mann von seiner erdrückenden Bürde der Gestaltung und Verbesserung seines Wohnortes Dierkow entbunden.

Anträge

Der erste Antrag des Abends kam von den Grünen und wurde unter starker Mitwirkung unserer Fraktion, besonders der Genossin Eva-Maria Kröger, erstellt.
Es ging um die Erweiterung der Beratung für queere Erwachsene. Mit dem anglizismischen Wort Queer werden Menschen beschrieben, welche sich durch ihre sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität von der gesellschaftlichen Hetero-Normativität abweichen. Das Wort queer heißt übersetzt sonderbar, eigenartig oder suspekt und wurde als abwertender Begriff gegenüber Homosexuellen benutzt. Seit Mitte der 90iger Jahre wird queer als ins Positive gewendete Selbstbezeichnung nicht-heterosexueller Menschen gebraucht.
Die Entdeckung und Ausgestaltung der eigenen sexuellen Orientierung ist ein wichtiger Aspekt in der Entwicklung junger Erwachsener. Durch gesellschaftlichen Druck und Abwertung des Anderssein, entstehen für diese Menschen sehr große psychologische Belastungen. Diese können sich an rat&tat e.V. wenden und eine kostenlose Lebensberatung erfahren. Leider ist die Struktur nur für Menschen bis 27 Jahren gebaut und die Erfahrung zeigt, dass das Leben nach 27 mit ungeminderter Härte und Problemen weitergeht. Auch ist aufgefallen, das solche Strukturen im Landkreis Rostock fehlen. Daher sind viele queere Menschen auf die Beratungsangebote der Hansestadt angewiesen.
So soll mit diesem Antrag Abhilfe geschaffen werden und das Beratungsangebot mit der Schaffung neuer Stellen stark erweitert werden. Denn derzeit übernimmt dies nur eine Person bei rat&tat e.V., und der Bedarf ist riesig. So sollen mit dem Antrag neue hauptamtliche Stellen geschaffen werden, welche den Bedarf besser decken können.
Die Stellungnahme der Verwaltung unter Genossen Steffen Bockhahn begrüßte diesen Antrag sehr und gibt in seiner Antwort sogar auch hervorragende Handlungsempfehlungen für die Antragsteller. So stellte sich in der Diskussion der Bürgerschaft heraus, dass die Hansestadt Rostock sich derzeit in Verhandlung mit dem Landkreis befindet, um über eine Finanzierung und Erweiterung des Projektes zu diskutieren. So wurde der Antrag vertagt um den Verhandlungen mit dem Landkreis Rostock nicht vorzugreifen. Wir bleiben dran und werden Euch berichten.

Zustand und Gestaltung der Schulessensräume

Das Thema Schulessen war vergangenen Monaten schon öfters Thema in der Bürgerschaft. So wurden Qualität, Nachhaltigkeit, Preis und Anbieter zumeist intensiv diskutiert. Diese Themen sollen mit dem Antrag der Grünen, der LINKEN. PARTEI und der SPD aufgegriffen werden. So soll bei künftigen Um- bzw. Neubauten ein besonderer Fokus auf die Gestaltung und Ausstattung der Essensräume gelegt werden. Eine weitere Idee des Antrags ist, Schülern die Möglichkeit zu geben ihre Räume selbst zu verschönern. Dies soll im Rahmen eines Modellprojektes gestartet werden.
Der Antragsteller der Grünen Herr Sören Grümmer bedankte sich in seiner Rede nochmals sehr bei den Genossen Karsten Kolbe und Christian Albrecht für die sehr gute Zusammenarbeit. Genosse Albrecht griff die Rede auf und lobte in seinem Beitrag den guten aber anstrengenden Prozess für diesen Antrag. Denn im ursprünglichen Antrag war der Weg zur Umsetzung mit den Maßnahmenpaketen zu kurzfristig gedacht und dadurch eventuell nicht umsetzbar. Genosse Albrecht stellte nochmals klar, dass Sanierungen stattfinden müssen und die Idee für den Prozess, in Zukunft Schulen und Schüler rechtzeitig zu beteiligen, für ihn extrem wichtig sei. Denn dies gebe den Schülern die Möglichkeit Demokratie in ihrem Alltag zu erfahren und gemeinsam Stolz auf das Erreichte zu sein. Der Antrag wurde einstimmig von der Bürgerschaft angenommen.

Bau einer Fuß-Rad-Verbindung in der Südstadt

Die Schwaaner Landstraße wurde vor zwei Jahren neu asphaltiert. Ironischerweise wurde bei der Planung wieder einmal nur das Auto als einziges Transportmittel berücksichtigt. So muss die gestiegene Zahl der Fußgänger und Fahrradfahrer durch Neubau von Wohneinheiten aufgrund Mangels ordentlicher Fuß- bzw. Fahrradwege auf die Straße ausweichen. Dadurch ergeben sich natürlich Gefährdungen, welche man mit einer umsichtigen Verkehrsplanung hätte vermeiden können.
So hat unsere Genossin Kristin Schröder in ihrer Funktion als Ortsbeiratsvorsitzende der Südstadt einen Antrag des Ortsbeirates für die Bürgerschaft eingereicht. Dieser beinhaltet den Lückenschluss eines Fuß- und Radweges von der Schwaaner Landstraße bis hin zum Sildemower Weg. Rund 700m würde dieser Anbau an die vorhandene Straße lang sein. Da der Haushalt für dieses und kommendes Jahr schon verabschiedet worden ist, soll das Projekt in den Haushaltsplan für 2022/2023 aufgenommen werden. Der Antrag wurde angenommen mit dem Hinweis, mittelfristig den Bau eines asphaltierten Fuß- und Radweges in die Prioritätenliste der Hansestadt aufzunehmen.

Kein Konzert für Xavier Naidoo in der Stadthalle Rostock

Die Agentur Xavier Naidoos plant derzeit eine Verschiebung des Konzerts im August 2021 in das Jahr 2022 und hat sich daher auch an die Stadthalle mit der Bitte um einen Ersatztermin gewandt.
Die Antragsteller der LINKEN.PARTEI, der SPD und jetzt neu dabei, die

Grünen-Fraktion, sind sich einig, dass erneute Konzertvereinbarungen mit Naidoo nicht getroffen werden sollten. Interessanterweise besteht dafür auch keine vertragliche Verpflichtung.
Nach Überzeugung der Antragsteller sollte eine kommunal getragene Institution keine Geschäftsbeziehungen zu X. Naidoo eingehen.
Begründet wird dies damit, dass Xavier Naidoo den Reichsbürgern und der QAnon-Bewegung nahe steht und sich selbst als Person „im Widerstand" gegen das System sieht. Er bedient sich in persönlichen Äußerungen und Texten antisemitische Verschwörungsmythen und schürt rassistische Vorurteile.
Die antragsstellenden Fraktionen wollen nicht, dass einem Menschen der solche Ansichten offen und wiederholt artikuliert, eine öffentlichen kommunale Einrichtung wie die Stadthalle für Konzertauftritte zur Verfügung gestellt wird. Dies würde den Ruf der Stadthalle und der Hansestadt insgesamt schädigen.
Wir als Stadt und Zivilgesellschaft müssen uns fragen, ob wir einem Demokratiefeind in unseren Liegenschaften eine Bühne bieten wollen.
Herr Naidoo ist nach unserer Auffassung kein einfacher Künstler, sondern ein gefährlicher Ideologe, der seine Reichweite nutzt um seine Ideologie zu verbreiten. Bei dieser Entscheidung waren unsere politische Belange wichtig und wir wollten zeigen: So etwas nehmen nicht hin.
In der sehr langen und emotionalen Diskussion ging es in der Bürgerschaft hin und her. Die Gegenseite aus CDU, AfD und vor allem FDP kam natürlich wieder mit ihren Kapitalinteressen, unter dem Mantel der Kunst- und Meinungsfreiheit und vielen unpassenden DDR-Vergleichen der Zensur. Eine Demokratie müsse das aushalten, hieß es immer.
Komischerweise reden alle Parteien immer davon, dass eine Demokratie wehrhaft sein muss und wir ihren Gegnern entschlossen entgegentreten müssen. Wenn dies aber konkret werden soll, werde diese Bekenntnisse dieser selbsternannten „Gralshüter der Demokratie", und in unserem Fall die CDU und FDP, sehr schnell über Bord geworfen.
Letztlich war es eine üble, lange und polemische Diskussion. Immerhin blieben die Grünen diesmal standhaft und der Antrag wurde nach Auszählung mit 27 Dafür- und 21 Dagegen-Stimmen angenommen. Ob eingereichte Klagen der CDU und FDP an Gerichte nun dagegen entscheiden, bleibt abzuwarten.

Denkmalschutz

Ein Antrag von unserer Fraktion als Reaktion auf den Vorfall beim Glatten Aal. Wo ein historischer Brunnen entdeckt und im Laufe der Bauarbeiten weggebaggert wurde, kam es heute zum Antrag als wichtiges Zeichen und Signal der Bürgerschaft, dass wir gewillt sind kulturhistorische Funde der Hanse- und Universitätsstadt besser zu schützen.
Genossin Eva-Maria Kröger erläuterte, dass dies Thema schwierig sei, da die Rechtslage des Landes zu viel Spielraum gibt. Denn derzeit ist die Lage wie folgt: Wenn ein Investor/Bauherr auf der Baustelle baggert und historische Grundmauern etc. findet, hat er folgende Möglichkeiten. Entweder kann er sich eine Grabungsfirma auf eigene Kosten bestellen und den Denkmalfund sichern lassen. Er kann den Fund der zuständigen Behörde, in unserem Fall die untere Denkmalschutzbehörde informieren, welche dann auf kommunaler Ebene handelt und die Kosten der Grabung trägt. Wo wir das Dilemma haben, dass die kommunalen Behörden weder personell noch finanziell ausreichend ausgestattet sind. Oder er hat die Möglichkeit, wie jetzt beim Glatten Aal geschehen, dass der Investor einfach weiter baggert und das historische Kulturgut damit zerstört.
Eigentlich stand eine Erneuerung des Gesetzes im Koalitionsvertrag der SPD und CDU, diese Chance haben sie aber, so Eva-Maria weiter, sträflichst verschlafen.
Da es einige redaktionelle Änderungen aufgrund rechtlicher Zuständigkeiten gab, kam es zu einer kurzen Pause. Nach der Pause wurde der Antragstext so geändert, dass unser Oberbürgermeister beauftragt wird, Sorge zu tragen, dass innerhalb der Stadtmauern und angrenzender Gebiete Grabungsschutzflächen auszuweisen sind. Der Änderungsantrag und der Hauptantrag wurden einstimmig angenommen.

Bäderschiff Undine

Die Verwaltung hat einen Vorschlag gemacht, wie man mit dem Rumpf der Undine umgehen kann. Man solle den Rumpf bergen, einlagern und dann schauen, wie man weiter verfährt. Als Anekdote zu der Undine gibt es im Allris einen Antrag aus dem Jahr 2012 von einem Dr. Rosentreter. Als Vorsitzender eines Vereins zur Erhaltung der Undine schrieb er, dass der Verein schon seit 10 Jahre versucht die Undine zu sanieren und damit zu retten. Man kann also resümieren, dass seit knapp 20 Jahren nichts passiert ist. Daher ist es richtig, dass es zur heutigen Bürgerschaftssitzung endlich eine Entscheidung geben soll und dieser Vorgang zu einem würdevollen Abschluss kommt.
Genossin Lisa Kranig hat als Vorsitzende des Kulturauschusses eine Rede für deren Variante gegeben.
Die Undine ist das älteste Zeugnis des Stahlschiffbaus in Rostock, so Genossin Kranig, sie startete glanzvoll als Bäderschiff und hat in den letzten Jahren einen traurigen Verlauf genommen. Es gab mehrere Vereine welche vergeblich versucht haben die Undine als technisches Denkmal zu erhalten. Doch leider scheiterten sie. Das Schicksal der Undine ist Ausdruck dafür, wie wir hier in Rostock, vielleicht auch aufgrund von Sparzwängen gezwungen sind, mit Denkmälern umgehen. Denn mit Blick auf Haushalt lässt sich oft vieles begründen, warum nichts passiert ist. Denn wo Geld knapp ist, müssen Abwägungen getroffen werden. Der Vorschlag von der Verwaltung, den Rumpf an Land zu heben und zu sichern, und sie betonte ausdrücklich, nicht zu konservieren, und dann zu überlegen, was zu machen sei, ist in ihren Augen der falsche Weg.
Es überzeuge einfach nicht, wenn man auf die letzten Jahre blickt, das danach etwas passieren wird. Letztendlich bringe dieser Vorschlag nur Zeit sich um eine unbequeme Entscheidung zu drücken. Sie stellte zur in Frage, ob nach der Bergung, die Stadt das Geld für die Undine in den nächsten 5-10 Jahren haben werde, um sie zu sanieren? Werden wir hunderttausende Euro nehmen um ein Schiffsrumpf zu sanieren? Wo es doch im kulturellen Bereich an allen Ecken und Ende immer wieder finanzielle Unterstützung braucht. Sie bezweifelt, dass es in den kommenden Jahren anders wird. Als Mitglied des Kulturausschusses ist es ihre Aufgabe sich für die Kultur stark zu machen. Paradoxerweise kann sie das mit ihrer heutigen Rede nicht machen und sagen: Retten Sie die Undine! Weil die Undine aus ihrer Sicht schon lange nicht mehr da ist. Undine ist Vergangenheit. Und so schön Vergangenheit auch ist, man kann sie nicht zurück holen. Diese Auffassung hatten auch der Kulturauschuss und unsere Fraktion.
Und gerade weil die Undine ein wichtiges Erbe unserer Stadt ist, legte sie den Änderungsantrag des Kulurausschusses nahe, ein Denkmal mit einem hohen Identifikationspotential und mit großer Publikumswirksamkeit zu schaffen. An die Undine soll würdevoll gedacht werden, so Genossin Kranig. Und dies beschreibt der Antrag des Kulturausschusses und sie bittet daher um Zustimmung.
Genossin Kranig sieht als Resümee auch noch andere maritime Erbe in unserer Stadt. Wie das Matrosendenkmal, den Wasserturm und das Schifffahrtsmuseum. Ihr Abschlussargument: Im Gegensatz zur Undine sind diese Gebäude noch vollständig, hier können wir wirklich noch was erhalten. Diese Bauwerke geben uns die Chance ernsthaft das Maritime Erbe unserer Stadt zu erhalten und die abschließende Bitte: Nicht länger zu warten, bis es zu spät ist.
Nach einigem Hin und Her und dem Versuch, der Variante der Verwaltung zu folgen die Undine zu heben, einzulagern und zu schauen, was kommt, ist dem Antrag des Kulturausschusses mit einer Mehrheit aus LINKEN, SPD und Grünen gefolgt worden. *Martin Raspe*

DIREKTKANDIDATEN STELLEN SICH VOR

Wir stellen vor: Peter Georgi, Direktkandidat zur Landtagswahl. Geboren am 14. Oktober 1964, Beruf: Energieanlagenelektroniker, Jugendsozialarbeiter. Aktuelle Tätigkeit: Regionalgeschäftsführer DIE LINKE.PUR.

Ehrenamtliches/politisches/soziales Engagement:
- Mitglied der Gemeindevertretung Roggentin seit 2004
- Stellvertretender Bürgermeister
- Vorsitzender im Ausschuss für Soziales, Jugend, Senioren und Sport
- Mitglied im Kreistag Landkreis Rostock seit 2014
- Stellvertretender Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss
- Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Landkreis Rostock
- Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE.LK-Rostock
- Mitglied im Vorstand des Kommunalpolitischen Forums M-V e.V
- Mitglied in der VVN-BdA

Politische Kompetenzfelder:
- Bildung, Teilhabe Integration
- Agrarpolitik, Umwelt, Nachhaltigkeit u. Energie

Kurzvorstellung:
In den „alten“ Bundesländern geboren, absolvierte ich eine Ausbildung zum Energieanlagenelektroniker mit dem Schwerpunkt Windkraft. 1989 machte ich mich als Moderator und Unterhaltungskünstler selbstständig und kam so 1990 erstmals auf das Gebiet der ehemaligen DDR. In Mecklenburg-Vorpommern lernte ich meine heutige Frau kennen, mit der ich 2 Söhne erzog. 2 Enkelkinder runden unser Familienleben ab. Bereits 2006 engagierte ich mich ehrenamtlich in unseren Gemeinden im Amt Carbäk für die Kinder und Jugendarbeit, ab 2010 dann hauptberuflich für den Verein „Auf der Tenne“ e.V., Dummerstorf.
2015 begann ich meine Qualifizierung zum Jugendsozialarbeiter durch ein berufsbegleitendes Studium, welches ich erfolgreich abschloss. 2017 wechselte ich den Träger und wurde stellvertretender Leiter einer Einrichtung für unbegleitete Flüchtlinge. Politisch gewollt, ging die Anzahl der ankommenden Kinder nach 2018 so stark zurück, so dass der Träger das Konzept der Einrichtung ändern musste.
Seit 2019 bin ich Regionalgeschäftsführer unserer Partei DIE LINKE. Zunächst für den Landkreis Rostock, aktuell für den Landkreis Peene-Uecker-Ryck.
Durch diesen Wechsel war es mir möglich mein berufliches und ehrenamtliches Engagement zu verbinden. Als Gemeindevertreter meiner Gemeinde Roggentin und Kreistagsmitglied habe ich mich, gemeinsam mit den Einwohnern, für den Erhalt unseres Landschaftsschutzgebietes

engagiert. Meine guten Kontakte, sowohl auf Landes- wie Bundesebene, haben eine Wohnbebauung auf Ackerland im Schutzgebiet verhindert.
In diesem Zusammenhang ergaben sich viele Gespräche mit regionalen Landwirten. Der Schutz unserer Natur und eine verbindliche Zusage zum Erhalt, der bestehenden Agrarflächen- und Betrieben mit langfristigen Pachtverträgen ist deren Forderung an unsere Politik. Der Verkauf von Agrarflächen und Betrieben an Investoren muss politisch gestoppt werden. Die Zerstückelung von Flächen zur Wohnbebauung muss beendet werden. Regionale Kreisläufe müssen erhalten oder wiederbelebt werden. Eine nachhaltige ökonomische Klima- und umweltschonende Landwirtschaft sind auch das Ziel unserer Landwirte. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe unterliegen jedoch dem Druck der Marktwirtschaft.
Auf immer weniger werdendem Ackerland muss immer kostengünstiger mehr produziert werden um das Bestehen der Betriebe zu sichern.
Dieser übermächtige Druck der Marktwirtschaft macht unwirtschaftlich und führt zwangsläufig und zunehmend zur Schließung kleiner und mittlerer Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Eine bodengebundene Tierhaltung mit 2 GV/ha (Großvieheinheiten je Hektar) muss das politische Ziel sein. Nur so kann der Kreislauf Boden-Pflanze-Tier-Boden wieder in Gang kommen und nachhaltig positiv auf die Klima- und Umweltbedingungen wirken.
Der unübersehbare Klimawandel und die ökonomischen Marktzwänge zwingt unsere Landwirte Fruchtfolgen zu ignorieren und vermehrt Pflanzenschutz- und Düngemittel einzusetzen. Die Forschung an Pflanzen, die an die veränderten klimatischen Voraussetzung angepasst sind, muss politisch vorangetrieben werden.
Dieser Kreislauf kann von den Bauern allein jedoch nicht unterbrochen werden. Hier ist die Politik gefragt. Um wieder in ein Umwelt- und klimaverträgliches Gleichgewicht zu kommen müssen wir politisch gewährleisten, dass die Landwirte auf eigenem oder langfristig gepachtetem Land mit guten wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten können. Wir brauchen eine regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung der so erzeugten Lebensmittel zu einem sozial verträglichen Preis. Sozial gestaltet für den Konsumenten und auskömmlich für den Erzeuger.

Auch dafür setzt sich DIE LINKE ein

ERKLÄRUNG DER VVN/BDA ZUM 80. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS AUF DIE SOWJETUNION

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941 überfielen die Armeen Hitlerdeutschlands und ihrer Verbündeten die Sowjetunion. Damit begann das letzte Kapitel der Aggression des deutschen Faschismus gegen alle europäischen Völker. Doch dieser Krieg war nicht allein ein Eroberungskrieg um Raum und Ressourcen, es war von der Ideologie und Kriegsplanung ein Vernichtungskrieg gegen den „jüdisch-bolschewistischen" Feind. Die Generalität der Deutschen Wehrmacht machte mit dem Kommissarbefehl, dem Generalplan Ost sowie dem Handeln der Einsatzgruppen deutlich, dass sie dieses Konzept des Vernichtungskriegs von Anfang an unterstützten. Dieser Vernichtungswille zeigte sich in zahlreichen Mordaktionen, die Wehrmachtseinheiten und Einsatzgruppen des SD (Sicherheitsdienst der SS) gegen jüdische und slawische Zivilisten in den okkupierten Gebieten verübten. Allein dem Massaker von Babi Jar fielen im September 1941 über 30.000 Menschen zum Opfer. Dieser Vernichtungskrieg brachte unendliches Leid über die Menschen und forderte mehr als 27 Millionen Opfer aus allen Teilen der Sowjetunion. **Es liegt in der Verantwortung heutiger Generationen, dass niemand diese Gräueltaten je vergessen oder relativieren darf.**

Daher verwahren wir uns dagegen, dass u.a. durch die Resolution des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 eine skandalöse Form der Geschichtsverfälschung betrieben wird, indem mit Verweis auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und damit letztlich auch für den Überfall auf die Sowjetunion den Opfern selber zugewiesen wird. Außerdem müssen wir erleben, dass in verschiedenen europäischen Ländern Kollaborateure des faschistischen Krieges, Freiwillige in den SS-Verbänden im Baltikum, die „Blaue Division" in Spanien oder Bandera-Einheiten in der Ukraine als „Freiheitshelden" in ihren jeweiligen Ländern gewürdigt werden. Hierin sehen wir verhängnisvolle Formen von Geschichtsrevisionismus, denen wir uns auch international entgegenstellen.

Wir erinnern daran, dass es die Einheiten der sowjetischen Streitkräfte waren, die im Verbund der Anti-Hitler-Koalition die Hauptlast der militärischen Befreiung Europas und auch unseres Landes getragen haben. Beginnend im Dezember 1941 mit der Schlacht vor Moskau, bei der die faschistische Illusion eines „Blitzkrieges" platzte, im Februar 1943 mit der Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad und dem anschließenden verlustreichen Vormarsch nach Westen.

Möglich wurde dies im gemeinsamen Handeln der Roten Armee

- mit der Zivilbevölkerung, die in Leningrad eine Blockade von 900 Tagen standhielt, bevor es gelang, die faschistischen Aggressoren zu vertreiben, und an der Heimatfront enorme Anstrengungen in der Rüstungsproduktion unternahm,
- mit den Partisaneneinheiten, die im Rükken der deutschen Einheiten begannen, die Versorgungswege zu blockieren und durch eigene militärische Aktionen eine große Zahl von Einsatzkräften im Hinterland banden
- und mit Unterstützung der westalliierten Verbündeten, die durch Lieferung von Rüstungsgütern und weiteren Materialien die Kampffähigkeit der sowjetischen Streitkräfte unterstützten.

Wir erinnern daran, dass auch deutsche Antifaschisten, die in der Sowjetunion Exil gefunden hatten, aber auch deutsche Soldaten, die im Krieg auf die sowjetische Seite wechselten, ihren Anteil als Frontbeauftragte, in Einheiten der Roten Armee und in anderen Formen an der militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus gehabt haben.

In Erinnerung an all diese Menschen, die sich an dieser Front für die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit eingesetzt haben, **treten wir ein**

- für eine angemessene Erinnerung und Würdigung der millionenfachen Opfer des Vernichtungskrieges,
- gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus und Rehabilitierung von NS-Kollaborateuren
- für eine Friedenspolitik, die im Dialog mit Russland und den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion eine neue Politik der Entspannung und Abrüstung in Europa ermöglicht.

WIRKLICHE LEISTUNG LOHNT SICH NICHT IN DEUTSCHLAND

Leistung lohnt sich nicht – zumindest nicht für Millionen Menschen, die jeden Tag arbeiten. Ich habe das Arbeitsministerium gefragt, wie viele Beschäftigte zu wenig verdienen, um im Alter eine Rente oberhalb von Hartz IV zu erhalten. Die Antwort: 2,9 Millionen, jeder Siebte! Insbesondere diejenigen, die in der Krise beklatscht wurden, sind betroffen. Zum Beispiel sind die Löhne von 129.820 Verkäuferinnen trotz 45 Jahre Vollzeitarbeit zu niedrig, um im Alter nicht zum Sozialamt gehen zu müssen.

Aber es betrifft nicht nur den Niedriglohnbereich. Nach aktueller Rentenformel müssen Arbeitnehmer 2650 brutto monatlich 45 Jahre durchgehend verdienen, um auf eine Rente von 1200 Euro brutto zu kommen. Laut Antwort des Ministeriums liegen derzeit 6,3 von 21,5 Millionen Vollzeitarbeitnehmern unter diesem Wert. Auf unser Land rollt in den nächsten Jahren eine Lawine aus Altersarmut zu.

Wir haben ein gewaltiges Lohnproblem. Während die Eigentümer der Supermarktketten Milliarden scheffeln, sind die Löhne des Personals teilweise gesunken. Eine Unverschämtheit! Im Pflegebereich wurde über alle politischen Lager hinweg über zu wenig Personal geklagt, aber die Löhne wurden nur minimal angehoben. Leistung muss sich für die wahren Leistungsträger mehr lohnen! Daher muss der Mindestlohn in Richtung 13 Euro steigen. Das ist aber nur ein Punkt. Wir brauchen insgesamt höhere Löhne! Warum gehören zum Beispiel Pflegekräfte und Erzieherinnen nicht zu den Gutverdienern?

Höhere Löhne sind notwendig, reichen aber nicht aus, um Bürger im Alter abzusichern. Wenn man 2650 Euro brutto 45 Jahre durchgehend verdient, und dann weniger als 1100 Euro Rente überwiesen bekommt, stimmt etwas im System nicht. Wir brauchen ein höheres Rentenniveau! Zu Zeiten Kohls lag es bei 53 Prozent. Es ist das Mindeste, dort wieder hinzukommen. In Österreich erhalten Rentner durchschnittlich 800 Euro mehr. In den Niederlanden gibt es keine Rente unter 1218 Euro. Deutschland hat die stärkste Wirtschaft, aber ist bei den Renten Abstiegskandidat. Das muss sich ändern.

Herzlich Grüße

Dr. Dietmar Bartsch

Aus dem Lütten Kleiner Blättchen, Ausgabe Juni 2021

NEUBAUGEBIET KUNKELDANWEG

Genosse Rainer Penzlin berichtet aus der Geschichte unserer Stadt. Ein weiterer Beitrag folgt.

Mitte der siebziger Jahre beschloss die Rostocker Stadtverordnetenversammlung den Bau der Wohnanlage „Kunkeldanweg“ im Nordosten von Alt-Brinckmansdorf. Es sollten 60 Reihenhäuser entstehen. Dazu wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, der das Baurecht mit verbindlichen Satzungsentscheidungen begründete. Baufelder wurden vorgegeben, Höhe und Grundrisse der Wohnflächen waren Bestandteile der Satzung.
Auch Gestaltungselemente waren Bestandteil des B-Planes. Alle Fassaden sollten weiß gestrichen sein. Im Innenbereich waren schwarze und im äußeren Bereich rote Dachziegel vorgegeben. Der B-Plan ist heute noch verbindlich, trotzdem ist die Fassadengestaltung vielfarbig und die Farbe der Dächer wurde modifiziert.
Die Vergabe der Grundstücke und Baugenehmigungen erfolgte durch eine Kommission des Ratsbereiches des Rates der Stadt. Politisch vorgegeben war, dass mindestens 60 % der Eigenheimbauer Arbeiter sein sollten. Vorrangig wurden „Interessengemeinschaften“ von Betrieben berücksichtigt. So gab es Interessengemeinschaften des BMK Industrie- und Hafenbau, des VEB Wasserwirtschaft und Abwasserbehandlung und der VEB Aufbau-Steinmetz mit jeweils 4 - 7 „Bauherren“.

Im Jahr 1978 begann die Erschließung des Baugebietes. Der Mutterboden wurde gesichert und auf eine Halde geschoben. Schwerpunkt war der Bau der Schmutzwasser- und Regenwasserentsorgung. Dafür gab es keine „Baubilanzen“, so dass diese umfangreichen Leistungen in Eigenregie und auch eigene Anstrengungen der zukünftigen Eigenheimbauer erledigt werden mussten. Ich selbst habe mit dem Lehrer Ingo Laukien rund 100 laufende Entwässerungsleitungen verlegt, die heute nach über 50 Jahren noch funktionieren. Die Schächte wurden von zwei Fachkräften des BMK Industrie- und Hafenbau mit „Bodo Buddelflink“ (Spitzname) an der Spitze errichtet.
Was stellte sich heraus? Die Enden der Entwässerungsleitungen ragten rund 30 cm über die Höhe der Bauflächen heraus. Das war durch die Bedingungen der „Vorflut“ vorgegeben. Die gesamten Bauflächen mussten mit 0,5 bis 1,5 Meter aufgefüllt werden. Da war guter Rat teuer. Wo die mehreren tausend Kubikmeter hernehmen? Da hatten wir eine Idee! Es wurde das zweite Gleis der Reichsbahn zum Überseehafen gebaut. Der Untergrund der Gleise war durch „Moorlinsen“ bedingt auszutauschen und wurde nach Brodersdorf transportiert. Wir haben mit der Bauleitung der Reichbahn verhandelt und vereinbart, den Aushub für die Auffüllung unserer Flächen zu benutzen. Wochenlang transportierten Kipper die Mischung aus Sand und Torf.

Der eigentliche Hochbau, also die Beton- und Maurerarbeiten gingen mit unterschiedlichem Tempo voran. Diese Gewerke wurden nur über „Eigenleistungen“ der Bauherren auch mit Hilfe von Verwandten und Freunde realisiert. Die „Richtfeste“ wurden „feucht-fröhlich“ begangen. Unsere Interessengemeinschaft hat mit Ehefrauen und Kindern in einem Keller bei strömendem Regen gefeiert. Oft war die Materialsituation schwierig. Klinker bzw. Hartbrandziegel für Fassadenteile und Schornsteine konnten nur über „Beziehungen“ der Betriebe als Träger der Interessengemeinschaften beschafft werden. Um Kalkmörtel zu sparen, setzte unsere Interessengemeinschaft „Schleifschlamm“ aus dem nahegelegenen Betonwerk vom VEB Aufbau/Steinmetz ein, der in Gruben deponiert und mit Zusatz von Zement „aktiviert“ wurde. Haustechnikleistungen wie Elektro-, Heizungs- und Sanitärinstallation wurden aber meistens durch Fachbetriebe erledigt.
Im Februar 1982 bezogen die ersten Eigenheimbauer ihre Häuser ohne Straße, Gehwege und Müllabfuhr. Ich selbst habe meinen Hausmüll im Garten vergraben. Wie nun den Straßenbau organisieren? Dazu musste ca. 1 Meter tragfähiger Boden als Unterbau der 3,5 Meter breiten Straße und den Gehweg eingebracht werden, das Ingenieur-, Tief- und Verkehrsbaukombinat hat uns auch ohne Baubilanz geholfen. Den Straßenbau erledigte die PGH Straßen- und Tiefbau mit dem Setzen der Borde und Verlegen der Gehwegplatten. Die Straße selbst war als „Provisorium“ in „kiesgeschlämmter Schotterdecke“ ausgeführt mit folgenden Ausspülungen durch Regen und Benutzung. Es wurde nach Jahren ein „Holperweg“, der kurz vor der „Wende“ durch einen Schwarzdeckenbelag saniert wurde.

„Rostock - ein guter Lebensort für alle“ - so lautet der Titel einer kleinen Broschüre, in der eine Projekt AG vorstellt, wofür die Rostocker LINKE politisch steht. Grundlage ist das Kommunalwahlprogramm von 2019. Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Im Mittelpunkt unseres Wohngebietes sollte nach B-Planvorgabe auf einigen hundert Quadratmetern eine Grünanlage mit Kinderspielplatz errichtet werden. Das ist über Jahre nicht erfolgt, weil die Stadt nicht über die erforderlichen Baukapazitäten verfügte. In Abstimmung mit dem damaligen Stadtarchitekten, Prof. Dr. Lasch, wurde diese Fläche parzelliert und einigen Bewohnern des Kunkeldanweges, die nur eine geringe Gartenfläche verfügten, zur gärtnerischen Nutzung überlassen. Heute sind fünf „Kleingärtner“ sehr aktiv auf ihrer „Scholle“
Bemerkenswert war die städtebauliche Bewertung unseres Wohngebietes. Diese wurde mit dem „Architekturpreis“ der DDR, der höchsten Auszeichnung für städtebaulich-architektonische Leistungen geehrt. Das Wohngebiet wurde mit Foto und Text in der zentralen „Bauausstellung“ der DDR vorgestellt als beispielgebend für eine gelungene Projektentwicklung des Wohnungsbaues in Rostock.
Nach der „Wende“ siedelten sich auch Dienstleistungen und Gewerbe an, wie zeitweilig eine Gaststätte in einem Kellergeschoss oder eine heute noch arbeitende Steuerberatung sowie ein Veranstaltungsmanagement.

Rainer Penzlin
Mitglied der BO Brinckmansdorf und Kreisvorsitzender der Volkssolidarität

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Di., 22.6., 17.00 Uhr	Puschkinplatz	Gedenkveranstaltung 80 Jahre Überfall auf die UdSSR
Di., 22.6., 18.00 Uhr	Societät maritim	Podiumsdiskussion zum obigen Thema
Mi., 23.6., 18.30 Uhr	Burghotel Güstrow	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes
Sa., 12.6., 10.00 Uhr	Stadthalle Rostock	Landesparteitag

***

Enteignung der Bevölkerungsmehrheit geht weiter

Nachricht von Amira Mohamed Ali, Jan Korte, Fabio De Masi, 10. Juni 2021

2.900 Ultrareichen in Deutschland gehören 20 Prozent des Gesamtvermögens. Sie verfügen über investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar. Das geht aus dem aktuellen »Global Wealth Report« der Unternehmensberatung Boston Consulting Group hervor.
„Deutschland 2021: Fast 3000 Ultrareiche, gleichzeitig über 13 Millionen Menschen in Armut. Ergebnis einer abartig unsozialen Politik von Schröder und Merkel in den letzten 20 Jahren. Es ist Zeit, für die Millionen Politik zu machen statt für die Millionäre“, appelliert Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali.
Fabio De Masi kommentiert: „Die Warren Buffets und Elon Musks gibt es auch made in Germany. Deutschland führt in Europa bei den Ultrareichen mit einem Finanzvermögen über 100 Millionen US-Dollar. Die Ultrareichen in Deutschland verfügen über investierbares Vermögen von mehr als 1,4 Billionen US-Dollar, das während der Coronakrise stetig gewachsen ist. In Europa sind die Vermögen stärker als anderswo geerbte Vermögen. Enorme Vermögenskonzentration bedroht die Demokratie und untergräbt das Leistungsprinzip. Wirtschaftliche Macht schafft politische Macht. Oligarchen gibt es nicht nur in Russland.“
„Warum sollen Krankenpfleger und Paketbotinnen die Krise bezahlen, wenn andere es nicht mal merken würden“, fragt Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, und weiter: „Während Union und FDP eine gerechte Besteuerung von Reichtum bekriegen, geht die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit weiter. Deshalb: Vermögensabgabe und Vermögensteuer jetzt!“ Denn nach der Wahl droht mit der Schuldenbremse ein Kürzungshammer. Finanzexperte und Fraktionsvize De Masi warnt: „Nach der Wahl droht mit der Schuldenbremse ein Kürzungshammer.“

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Neue politische Seuche
(von Jürgen Riedel)

nicht nur Müllionen Rechtsgerichtete
auch viele Angstkranke mit Untertanengeist
die maßlose Coronamaßnahmen fordern
gefährden massiv demokratische Werte

Hochtouriger Profit
(von Jürgen Riedel)

Dem Kapitalismus
sind Elektroautos egal wie Armut
ist egal wie Massenentlassung
ob mehr Benziner oder Elektroautos

Egal wie Angst vorm Arbeitsplatzverlust
ist ihm keineswegs
das immer-mehr an Fahrzeugen
Hauptsache: Kontostand steigt weiter
durch das immer-mehr
Nebensache: Crash des Klimas
CO2-Ausstoß steigt weiter
aufgrund noch pralleren Straßenverkehrs

AKTUELLES

LANDTAGSWAHL IN SACHSEN-ANHALT

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bescherte uns eine „krachende Niederlage“. DIE LINKE verliert 5,3 Prozentpunkte und vier Landtagsmandate. 36 % weniger Wahlberechtigte machten ihr Kreuz bei unserer Partei als 2016.

Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung sieht die Gründe für diese Niederlage im fehlenden bundespolitischen Rükkenwind (Querelen um Personen, fehlende Klärung programmatischer Fragen) und im Flächencharakter Sachsen-Anhalts, in dem der bewegungsorientierte Ansatz der Linkspartei nicht zum Tragen kam. Wie schon in Brandenburg und Sachsen gaben potenzielle Linken-Wähler ihre Stimmen der Partei des Ministerpräsidenten, eine taktische Entscheidung, von der wir in Thüringen profitieren konnten.

Nur innen? Nicht außen? Wenn wir beim Gendern übertreiben.

Eine Lehre aus den Niederlagen in Sachsen und Brandenburg war die Stärkung des Profils als ostdeutsche Interessenvertreterin. In Sachen Ostkompetenz liegt DIE LINKE vorne, aber ausschlaggebend für die Wahlentscheidung war das Thema nicht. Zudem wird Haseloff als konsequenter Vertreter ostdeutscher Interessen wahrgenommen, und es gibt wenig Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Land. Das ist der entscheidende Unterschied zu den 90er Jahren.

73 % der Menschen sagen, DIE LINKE habe kein überzeugendes Führungspersonal mehr. 69 % sind der Meinung, DIE LINKE habe keine neuen politischen Ideen mehr. Zumindest das kann man in Zweifel ziehen, wie es unser Engagement für einen Mietendeckel und für ein solidarisches Gesundheitssystem nahelegt. Aber eine große Rolle spielten diese Themen im Landtagswahlkampf nicht. Hoffentlich wird es bei der Bundestagswahl anders sein. Trotz Verlusten wird die soziale Kompetenz unserer Partei nach wie vor hoch eingeschätzt.

Unübersehbar ist der Rechtsruck in Ostdeutschland. Kulturkämpfe sind vielen Menschen wichtiger als soziale Kämpfe. Der Kapitalismus hat sich in den Köpfen der Ostdeutschen festgesetzt. Sie sind veränderungsmüde, lehnen politische „Experimente“ ab. Das ist eine schwere Hypothek für Parteien wie LINKE und Grüne, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängen. Wie gehen wir damit um?

Carsten Penzlin

Gewinner: CDU in Sachsen-Anhalt - dank dem Ansehen von Reiner Haselhoff, Ministerpräsident und einer Medienkampagne, die die AfD im Vorfeld der Landtagswahl weit vor der CDU sah.

Verliererin: DIE LINKE.Landesverband Sachsen-Anhalt. Bei der Landtagswahl vom 6. Juni fuhr sie das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte in Sachsen-Anhalt ein. Im Vergleich zu 2016 verlor sie 14.000 Stimmen an die CDU, 10.000 an Nichtwähler, 6.000 an Grüne, 4.000 an Andere, 4.000 an FDP, 3.000 an SPD, 2.000 an AfD.

MONATSZAHL

Mindestens 115.000 Pflegekräfte sind nach einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit in Zusammenhang mit einer Coronavirus-Infektion ums Leben gekommen. (dpa)

MONATSZITAT

„Wer mit 20 kein Sozialist ist hat kein Herz. Wer seit 2020 kein Sozialist ist hat kein Hirn.“ Twitter-Fund

LYRIK

Wegkreuzung
(von Janina Niemann-Rich)

Angst vor Veränderungen
Ist Angst vor dir selbst

Verwirrt
(von Janina Niemann-Rich)

Zweifrontenkampf
Gefühlschaos
Freundschaft ist nicht Liebe

Eckpfeiler
(von Janina Niemann-Rich)

Niedergang
Aufstieg
Tragödie

Unionssprache *(von Jürgen Riedel)*

Marktfrauendeutsch Merkels
Quacksalber-Gerede Spahns
pseudosoftes Gelaber Söders